



„Den Krieg gewinnen und den Frieden sichern“

Dr. Klaus Olshausen

Oktober 2026

Zusammenfassung

In einem Aggressionskrieg und zwei bewaffneten maritimen Blockaden freier internationaler Seewege um Hormuz und Bab al-Mandab haben Europa und Partnerstaaten (noch) keinen Weg, keine Strategie und damit auch keine geeigneten Mittel in der Hand, einen „günstigen Ausgang“ zu erreichen. Dass im Aggressionskrieg Russland gestoppt werden muss, wird weiter nur halbherzig angegangen. In den beiden maritimen Konflikten der Sperrungen von Seewegen, muss Europa, ja die „Welt“, mit den USA dem Iran mit Sanktionen und Blockaden und ggf. Waffeneinsatz zur Aufgabe der Sperre von Hormuz drängen, und dasselbe muss auch für die Proxy-Sperre der Huthis am Bab al-Mandab gelten. In allen drei Fällen wird in unterschiedlicher Intensität deutlich, dass der völkerrechtswidrige Hauptgrund des Krieges/Konfliktes ins Zentrum gerückt werden muss, um mit dessen Beseitigung oder Minimierung einen Weg zu öffnen, den dann denkbaren „günstigen Ausgang“ mit Friedensverhandlungen zu sichern.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

In meinem Beitrag zum Artikel 5 des Nordatlantikvertrages vor zwei Wochen¹ war ein Fazit: *In einem „favorable outcome“ aus jeder Konfrontation oder eben jedem Angriff steckt also viel „schonungslose Diagnose“ einer bedrohlichen Lage, klare Haltung zu Werten und Interessen sowie v.a. die Bereitstellung und Verfügbarkeit aller erforderlichen Mittel.*

Seit über vier Jahren in der Ukraine, seit über sechs Monaten im Mittleren Osten und seit einigen Wochen an der Meerenge Bab al-Mandab ist Europa, ja die Welt, mit drei Kriegen oder bewaffneten Konflikten konfrontiert, für deren „günstigen Ausgang“ Europa und Partnerstaaten der Welt bisher keinen Weg, keine Strategie entwickelt und deshalb auch nicht die erforderlichen und überzeugenden Mittel bereitgestellt haben.

Ein Beitrag des Royal United Services Institute (RUSI) in London vertritt die Auffassung, dass die Ukraine alle Unterstützung erhalten muss, um den Krieg als unabhängiges freies Land zu gewinnen, aber zugleich alle Maßnahmen v.a. nicht-militärischer Art einzuleiten und zu verstärken sind, um den folgenden Frieden zu sichern.

Nach über vier Jahren sollten alle erkannt haben, dass Putin einem bedingungslosen Waffenstillstand, geschweige denn einem Ende seines Angriffskrieges gegen die Ukraine – und hybrid gegen den kollektiven Westen – nicht zustimmen kann und wird, wenn der bisher von ihm „nur“ brutal bombardierte größere Teil des Landes den Weg eines freien demokratischen Staates beschreiten kann.

Denn neben der Gier, ein altes Reich wiederherzustellen, weiß er ganz genau, dass selbst eine territorial faktisch verkleinerte Ukraine, die sich auch nur der Europäischen Union anschließen kann, eine Strahlkraft auf die Menschen in der Russischen Föderation ausüben wird, die seine diktatorische Herrschaft in Gefahr bringen kann und wird.

Wenn diese Beurteilung berechtigt ist, dann muss der russische Imperialismus Putins gestoppt werden. Und zwar so, dass ihm jedes revisionistische oder darüber hinaus reichende Ausgreifen verwehrt wird. Dieses Erfordernis muss für alle stattfindenden und ins Auge gefassten Gespräche und v.a. Verhandlungen klar sein.

Schon alle bisherigen Ansätze zeigen, dass Putin nur und erst zu Begrenzungen seines kinetischen Krieges bereit sein wird, wenn er seine Maximalziele durchsetzen kann. Wenn das freie Europa und Amerika das nicht zulassen (wollen), muss die militärische Unterstützung der Ukraine einerseits und das Sanktionsregime gegen Russland andererseits in ganz anderer Intensität stattfinden. Wer den Krieg nicht zu Russlands Bedingungen zu Ende gehen lassen will, muss nach über vier Jahren endlich begreifen, dass Putin die Aussicht genommen werden muss, dass die Unterstützer der Ukraine und damit eines freien Europas nicht die Kraft und/oder den Willen haben, diesen geopolitischen Konflikt und Krieg durchzustehen.

Alle bisherige militärische, auch wirtschaftliche Unterstützung und wachsende Zusammenarbeit und Vernetzung mit der Ukraine bleiben ohne längerfristiges Fundament, solange alles Handeln nicht dazu dient, Putin sowohl in der Ukraine als auch im hybriden Kriege gegen Europa „wirksam zurückzuweisen“. Trumps neuester „Diesel-Deal“ mit Putin konterkariert allerdings diese Option!

¹ Dr. Olshausen, Klaus: „Artikel 5“ braucht Kohäsion, Willen und Fähigkeiten, in: ISPSW, ISPSW Strategic Series, Issue No. 1261, Berlin, September 2026, https://www.ispsw.com/wp-content/uploads/2026/10/1261_Olshausen.pdf



Der internationale bewaffnete Konflikt zwischen dem Iran mit seinen Proxys und Israel hat durch den Luftkrieg mit den USA seit dem 28. Februar eine neue Dimension erreicht. Dabei ist es für Europa wie die Region besonders negativ, dass bisher keines der fünf Ziele, die man gemeinsam gegen das iranische Regime verfolgt, erreicht worden ist. Dagegen aber hat der Iran mit der Schließung der Straße von Hormuz nicht nur den USA und Israel, sondern der ganzen Welt den ökonomischen Krieg erklärt.

Gegen diesen Krieg haben weder Europa noch die Staatenwelt der VN eine gemeinsame aktive Politik entwickelt, um ihrerseits mit politischen, aber v.a. auch ökonomischen Maßnahmen der iranischen Führung klarzumachen, dass nur und erst erfolgreich mit ihr verhandelt werden kann, wenn sie zu den Regeln der freien Seefahrt zurückkehrt. Und solange müssen – auch wenn viele in Europa den Luftkrieg der USA und Israels verurteilen – möglichst viele Staaten weitere Sanktionen gegen den Iran aussprechen und auch die bestehende Blockade der Ölausfuhr des Iran durch die USA unterstützen.

Solange Europa und andere Staaten sich an den USA abarbeiten und lediglich ihren Bürgern die hohen Öl- und Gaspreise durch Steuernachlässe o.ä. erträglicher gestalten wollen, wird das Regime in Teheran – wie Putin in der Ukraine – davon ausgehen, dass es „seinen Trumpf“ mit Hormuz weiter ausspielen kann und für sie keine direkte Gefahr besteht, solange sich der Zorn Europas und der Welt mehr gegen die USA und Israel richtet. Die freie Seefahrt durch die Straße von Hormuz wird also erst dauerhaft erreichbar sein, wenn das Regime erkennt, dass die politischen und wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen der Welt ihm deutlich stärker schaden, als ihm diese Sperre der Straße von Hormuz nutzen kann.

Da sich rumspricht, dass Einschränkungen der freien Seefahrt in internationalen Seestraßen ein politisch-ökonomischer Hebel unter Einsatz kinetischer Mittel sein können, haben die Huthis in einem seit langem währenden Konflikt zwischen ihnen im Jemen und Saudi-Arabien als Unterstützer der legitimen Regierung des Jemen alles darangesetzt, die Küste im Gebiet der Meerenge Bab al-Mandab unter ihre Kontrolle zu bringen und so eine weitere Seestraße – zunächst für saudische Öl- und Gastanker – zu sperren.

Sie versprechen sich, in Verbindung mit Raketenangriffen auf Öl-Pipelines und Ölraffinerien in Saudi-Arabien, ihre militärische und politische Position zur weiteren Machtübernahme im Jemen zu festigen. Auch in diesem Konflikt gilt, dass nicht nur Saudi-Arabien und seine Verbündeten Türkei und Pakistan, sondern auch Europa und die Staaten der Welt gefordert sind, mit eigenen Maßnahmen gegen die Huthis – die der Iran massiv unterstützt – vorzugehen.

Lassen die Staaten der Welt solche Sperrungen oder illegalen Einschränkungen freier Seewege weiter zu, dann mögen sich andere Staaten oder Gruppen überlegen, z.B. entlang der Taiwanstraße oder der Straße von Malakka Einschränkungen vorzunehmen.

Im Angriffskrieg gegen die Ukraine, wie in den bewaffneten Konflikten um den Iran und im Jemen, wird in unterschiedlicher Intensität deutlich, dass der völkerrechtswidrige Hauptgrund des Krieges/Konfliktes ins Zentrum gerückt werden muss, um mit dessen Beseitigung oder Minimierung einen Weg zu öffnen, den dann denkbaren „günstigen Ausgang“ mit Friedensverhandlungen zu sichern.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Klaus Olshausen